

„Putins Persönlichkeit – von Macht deformiert“

Wie tickt der Mann, der den Krieg nach Europa bringt? Und wie weit wird er gehen? Der Historiker Frank Grüner ist Osteuropa-Experte an der Uni Bielefeld. Er erläutert, warum Europa allein mit demokratischer Denkweise nicht weiterkommt.

Herr Grüner, muss man für die Beurteilung dieses Konfliktes ein politischer und historischer Experte sein – oder ein Putin-Kenner?

FRANK GRÜNER: Beides. Man muss diese Jahrhunderte alte, kulturell enge Beziehung zwischen zwei Völkern und Staaten in ihrer Komplexität verstehen – aber auch den Mann, der die Historie gerade politisch instrumentalisiert und verzerrt für seine Zwecke. Das, was Putin tut, bildet nicht die Entwicklung und den Willen der russischen Gesellschaft ab. Das sind die Handlungen eines entfesselten Despoten, einer von Macht deformierten Persönlichkeit. Und der Westen wäre gut beraten, die Rhetorik dieses Despoten künftig genau zu analysieren und sie auch richtig zu gewichten.

Wie meinen Sie das?

Ich finde es immer wieder erstaunlich, wie naiv teilweise von offizieller Seite mit Putins Äußerungen umgegangen wird. Da wird vieles für bare Münze genommen, wo ich mich nur wundern kann, dass man sich darauf verlässt. Nehmen wir den Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in Moskau. Putin sendet Entspannungssignale, die der Westen bereitwillig empfängt – unterdessen bereitet er in Ruhe den Einmarsch vor. Auf der anderen Seite werden viele seiner Ausführungen als großspuriges, weltfremdes Säbelrasseln abgetan, die ich aber für höchst relevant halte, weil sie Aufschluss über sein Denken und seine wirklichen Pläne geben.

Die Rede am Montag löste weltweit Befremden aus.

Und sie gibt genaue Aufschlüsse darüber, wie Putin tickt, wie imperial seine Denkmuster sind. Dazu muss man auch seine Biografie sehen. Er ist kein Kommunist, er gehörte zu jenem Teil der russischen Gesellschaft, für die das Ende der Sowjetunion einen massiven und schmerzhaften Prestigeverlust und die größte geostrategische Katastrophe bedeutete. Putin ist mit dem Großmacht-Gen ausgestattet und entsprechend verhält er sich: Immer da, wo sich demokratische Entwicklungen vollziehen, wird der Kreml ak-



Mit der Rede, in der Wladimir Putin der Ukraine den Krieg erklärte, hat er die Welt geschockt. Man hätte das kommen sehen können, meint unser Experte. Foto: imago images

tiv, um sie zu unterdrücken oder zumindest zu diskreditieren. Das hat der Westen viel zu lange hingenommen.

Um dem Konflikt, den wir jetzt haben, aus dem Weg zu gehen? Auch. Das Hauptproblem ist aber die unterschiedliche Denkweise. Wir betrachten die Brutalität und Rücksichtslosigkeit mit der Putin vorgeht, als Affront. Für den Westen ist ein Krieg auf europäischem Boden eine nicht mehr denkbare Größe in der Auseinandersetzung, eine historische Phase, der wir uns längst entwachsen fühlen. Wir bewegen uns in zutiefst demokratisch und zivilgesellschaftlich geprägten Denkmustern, die wir anderen auch unterstellen. Das ist bei Putin aber mitnichten der Fall. Im Gegenteil löst diese Haltung bei ihm Verachtung aus. Die EU ist damit für Putin weder ein ernstzunehmender Partner, noch ein ernstzunehmender Gegner. Er orientiert sich allein an dem Recht des Stärkeren, vor allem in militärischer Hinsicht. Das mag

zeitgemäß klingen, bestimmt aber sein Denken.

Kann der Westen das ändern – und sollte er das?

Wir brauchen ganz dringend eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es ist, gerade im Hinblick auf die deutsche Geschichte, ganz sicher nicht falsch gewesen, lange Zurückhaltung gegenüber bewaffneten Konflikten zu wahren. Aber nun rächt sich, dass wir Völkerrechtsverletzungen durch Russland aus Angst vor einem größeren

Konflikt so lange hingenommen haben. Dadurch eskaliert es jetzt noch mehr. Europa wird hier künftig sehr viel entschiedener handeln müssen. Putin agiert vollkommen rücksichtslos, sowohl gegenüber anderen als auch dem eigenen Volk. Was er kann, erlaubt er sich. Dagegen kommt die EU mit einer Taktik aus Mediation und Pazifismus nicht an.

Gehen Ihre Überlegungen über Sanktionen hinaus? Sanktionen sind ein effizientes Mittel. Aber sie müssen sehr

weitreichend sein, auch wenn uns das selbst finanziell richtig weh tut. Wir müssen uns schnellstmöglich völlig unabhängig machen in der Energieversorgung. Und wir müssen in Kauf nehmen, dass das Engagement deutscher Industrie in Russland zumindest mittelfristig geschädigt wird, solange das Putin-Regime am Ruder ist. Nur so ist sichergestellt, dass der Westen mit diesem Regime konsequent nicht mehr kooperiert.

Wie hoch, glauben Sie, ist der Rückhalt Putins in Russland für das, was gerade passiert?

Natürlich muss man hier sofort die Gegenfrage stellen, inwiefern das relevant sein sollte für einen Putin, der jegliche Form von Opposition und Kritik seit Jahrzehnten im Keim erstickt. Dennoch kann man Hoffnung haben, dass er dieses Verbrechen langfristig politisch nicht übersteht. Dieser Krieg ist nicht im Interesse der russischen Bevölkerung. Auch sie wird darunter leiden, auch hier wird es Opfer geben. Mag

sein, dass dies lange nur von kleinen Teilen der Gesellschaft kritisiert wird. Aber die Geschichte hat gezeigt, dass in Russland auch wenige dissidentische Stimmen großes Gewicht erlangen können.

Und wie stark ist der ukrainische Widerstand?

Militärisch ist der ukrainische Staat zweifelsohne hoffnungslos unterlegen und chancenlos. Die gesamte Rhetorik Putins zielt gerade darauf ab, den ukrainischen Staat in seiner Unabhängigkeit zu destabilisieren, den Ukrainern sogar das „historische Recht“ abzuspülen, eine eigenständige Nation zu sein. Ich denke, es läuft darauf hinaus, dass die Regierung abgesetzt und durch ein Marionettenregime ersetzt werden soll. Das werden die Ukrainer niemals akzeptieren. Was dann aber passiert, mag ich mir kaum ausmalen. In jedem Fall die nächste Stufe der Eskalation.

Das Gespräch führte Annette Quasdorf

Splitter

Persönliche Folgen

■ Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erwarten einer Umfrage zufolge fast zwei Drittel der Befragten in Deutschland Auswirkungen auf sie selbst. Dies sagten 63 Prozent der von YouGov befragten Menschen, wie das Institut mitteilte. Darunter sagten 32 Prozent, dies werde „auf jeden Fall“ so kommen. 22 Prozent glauben dies nicht. 14 Prozent machten keine Angabe.

Flugverbot für Briten

■ Russland hat seinen Luftraum für britische Flugzeuge gesperrt. Von dem Überflugverbot seien auch Maschinen betroffen, die in Großbritannien geleast wurden, teilte die russische Luftfahrtbehörde mit. Dies sei eine Reaktion auf ein Landeverbot für die staatliche russische Fluggesellschaft Aeroflot, das Großbritannien nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine ausgesprochen hat.

Ausschluss vom ESC

■ Russland wird aufgrund der Invasion in die Ukraine vom Eurovision Song Contest in Turin ausgeschlossen. Das teilte die Europäische Rundfunkunion EBU in Genf mit. Der 66. ESC soll am 14. Mai mit seinem großen Finale über die Bühne gehen. Noch am Donnerstag hatte es geheißen, der ESC sei ein nicht-politisches, kulturelles Event. Nachdem aber mehrere Länder den Ausschluss gefordert hatten, folgte die Kehrtwende.

Greta solidarisch

■ Die schwedische Klima- und Umweltaktivistin Greta Thunberg hat sich während ihres freitäglichen Klimaprotests solidarisch mit der Ukraine gezeigt. Gemeinsam mit anderen stellte sich die 19-Jährige vor die russische Botschaft in Stockholm, um ihre Unterstützung für die Menschen in der Ukraine zum Ausdruck zu bringen. „Stand with Ukraine“ hieß es auf kleinen Schildern in den blau-gelben Nationalfarben des Landes.



Greta Thunberg (2. v. l.) demonstriert in Schweden. Foto: instagram

Ausreise verhindert

■ Schon seit Beginn der Eskalation des Ukraine-Konflikts achtet die Bundespolizei verstärkt darauf, mögliche Ausreisen deutscher Rechtsextremisten in das Gebiet zu verhindern. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Innenpolitikerin Martina Renner (Linke) hervor. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden war die große Mehrheit der deutschen Rechtsextremisten in dem Konflikt zuletzt pro-russisch orientiert.

In letzter Minute

■ Der Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl, musste am Donnerstagmorgen aus Kiew gerettet werden. Das berichtet der Focus. Kahl habe sich seit mehreren Tagen in der ukrainischen Hauptstadt befunden und sei von der Offensive überrascht worden. Eine Evakuierungseinheit der Bundespolizei habe Kahl nicht erreicht und er sei schließlich von einer BND-Spezialabteilung gerettet worden. Kahl befindet sich auf dem Landweg in Richtung Polen.

Merkel stützt den Kurs von Scholz

■ Berlin (dpa). Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt und sich hinter die Bemühungen ihres SPD-Nachfolgers Olaf Scholz gestellt, Präsident Wladimir Putin zu stoppen. „Dieser Angriffskrieg Russlands markiert eine tiefgreifende Zäsur in der Geschichte Europas nach dem Ende des Kalten Krieges“, erklärte Merkel. „Für diesen eklatanten Bruch des Völkerrechts gibt es keinerlei Rechtfertigung.“

Ausdrücklich erwähnte Merkel, dass der neuerliche Angriff Russlands „auf die territoriale Integrität und die Souveränität dieses unabhängigen Staates“ dieses Mal die ganze Ukraine betreffe. Russland hatte 2014 bereits die ukrainische Schwarzmeerhalbinsel Krim besetzt. Merkel hatte in ihrer Amtszeit Wert darauf gelegt, die Gesprächskanäle zu Putin offen zu halten.

Gefahr von Cyberangriffen aus Russland wächst

Deutsche Institutionen müssen mit vermehrten Attacken rechnen. In Osteuropa gab es bereits erste Versuche.

Die erste Gegenreaktion kommt von einem Hackerkollektiv.

Felix Huesmann

■ Berlin. Im digitalen Raum führt Russland schon seit Jahren Krieg – auch gegen den Westen. Desinformation, Hackerangriffe auf Politiker und Institutionen – Geheimdienste und Sicherheitsexperten sprechen von einer hybriden Bedrohung. Im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine droht auch in Deutschland und anderen Staaten eine erhöhte Gefahr.

„Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage hat der Verfassungsschutzverband im Rahmen seiner Zuständigkeit relevante Stellen im Hinblick auf die IT-Infrastruktur sensibilisiert“, teilte das Bundesamt für Verfassungsschutz mit. Die Lage werde behördenübergreifend im Nationalen Cyberabwehrzentrum bearbeitet und die Entwicklungen würden aufmerksam verfolgt. „Die Sicherheitsbehörden haben auch Schutzmaßnahmen zur Abwehr etwaiger Cyberangriffe

hochgefahren“, erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Konkrete Hinweise auf Angriffe lägen jedoch nicht vor.

Russlands Aggressionen gegen die Ukraine wurden bereits in den vergangenen Monaten durch intensive Cyberangriffe begleitet. „Die Operationen dienen in erster Linie der Einschüchterung und der Kontrolle des Informationsumfelds“, sagt der Cybersicherheitsexperte Matthias Schulze von der Stiftung Wissenschaft und Politik. „Angst und Chaos sollen den konventionellen Einmarsch der Truppen begleiten.“

Parallel zum Beginn des Einmarsches seien in der Ukraine, in Litauen und Lettland vermehrte Angriffe mit einer Schadenssoftware gemeldet worden, die Festplatten-Daten löscht. Hier bestehe die Gefahr eines „Spillover-Effekts“, sagte Schulze: „Wenn sich Schadenssoftware im Eifer des Gefechts ohne eine sorgfältige



Frank Grüner

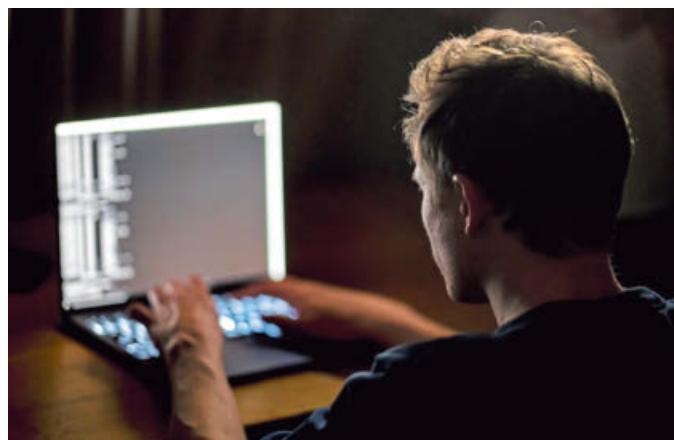
Zielauswahl selbstständig verbreitet, kann das weltweit unbeteiligte Systeme betreffen.“ Schulze ist sich jedoch unsicher, ob Putin es wagt, eine direkte Konfrontation mit dem Westen durch gezielte Angriffe auf kritische Infrastrukturen zu suchen. „Das könnte unter bestimmten Umständen einen NATO-Verteidigungsfall auslösen.“ Cyberangriffe zu Spionagezwecken gehören seit

Jahren zum Repertoire Russlands. „Angesichts der Eskalation dürfte das eher zu- als abnehmen“, sagte Schulze. Dabei gehe es darum, die gegnerischen Intentionen abzuschätzen und herauszufinden, welche Sanktionen zu erwarten sind.

„Kurzfristig dürfte Russland sich auf Cyber-Operationen konzentrieren, die einen direkten taktischen Zweck zur

Begleitung konventioneller Streitkräfte verfolgen“, sagte Schulze. „Im Verlauf eines längerfristigen Konflikts zwischen Russland und dem Westen wird es aber vermutlich mehr Leaks heikler Informationen zur Beschädigung russlandkritischer politischer Figuren im Westen geben.“ In den vergangenen Jahren hatte es Angriffsversuche etwa auf die Computer von Bundestagsabgeordneten gegeben. Es lasse sich kaum pauschal sagen, wie gut wir gegen solche Angriffe geschützt sind, sagte Schulze. „Deutschland ist aber allgemein deutlich verwundbarer durch Cyberattacken als Russland, weil wir mehr digitalisierte Prozesse haben.“

Cyberangriffe gibt es auch in umgekehrter Richtung: Das Hackerkollektiv Anonymous ließ auf Twitter verlauten, man trete in einen „Cyberkrieg“ mit Russland ein. Ein erstes Ziel war die Webseite des russischen Staatssenders Russia Today, die lahmgelegt wurde.



Der Kampf im Cyberbereich gehört längst zur modernen Kriegsführung – auch im Ukraine-Konflikt. Foto: dpa